

Grosser Gemeinderat Interlaken

Protokoll der 5. Sitzung

Dienstag, 22. August 2023, 20:00 Uhr
Aula Schulanlage Alpenstrasse

Vorsitz Amacher Sabrina, EVP

Stimmen-
zählende Frederiksen Lars, GLP
Nyffeler Christian, SVP

	<i>weiter anwesend</i>	<i>abwesend</i>
FDP	Boss Pia, Chevrolet André, Michel Paul, Fuchs Oliver, Daumüller Fredi, Rüegger Roger	Trafelet Michelle
SVP	von Allmen Marcel, Roth Andreas, Schenk Daniel, Häsler Erich	Brönnimann Alexandra, Bozic Marko
SP	Simmler Dorothea, Simmler Florian, Thali Irene, Liechi Anja, Holzer Jürg, Aulbach Adrian	
GLP	Zürcher Ueli, Foiera-Brönnimann Franziska	Nyffeler-Lanker Manuela, Käser-Klossner Christine
Grüne		Hänggi Sandra, von Hintzenstern Susanne
EVP	Dummermuth Andreas	
EDU	Reichen Josia	
<i>ohne Stimmrecht</i>		
JUPA		Hashimi Diana
Gemeinderat	Ritschard Philippe, Boss Kaspar, Betschart Christoph, Christ Franz, Fuchs Nils, Michel Peter	Ritschard Andreas
Protokoll	Iseli Barbara	

Traktanden

25. Protokoll
26. Dringliche Motion von Allmen/Rüegger, Eissportzentrum Jungfrau AG, Erheblicherklärung
27. Gemeindeinitiative "Volksabstimmung zum Rahmenkredit für die Sanierung und künftige Finanzierung Eissportzentrum Jungfrau", Antrag zu Handen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger
28. Postulat Romang, Biodiversität, Fristverlängerung
29. Erhöhung der maximalen Stellenprozente der Gemeindeverwaltung
30. Orientierungen/Verschiedenes

25 **B3.D** Protokolle (Grosser Gemeinderat, Gemeinderat, Organe, Behörden)

Protokoll

Ratspräsidentin Sabrina Amacher führt aus, dass die von Michelle Trafelet gewünschte Korrektur von "Prozessrisiken" zu "Prozesskostenrisiken" vorgenommen und die GGR-Mitglieder informiert wurden. Es gibt keine weiteren Änderungswünsche.

Das Protokoll der 4. Sitzung vom 27. Juni 2023 wird genehmigt.

26 **B3.01.3.1** Motionen

Dringliche Motion von Allmen/Rüegger, Eissportzentrum Jungfrau AG, Beantwortung

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen.

Gemeinderat Nils Fuchs verweist auf die schriftliche Stellungnahme des Gemeinderats. Im Verfahren um die Sanierung der Eissporthalle gebe es viele verschiedene Elemente. Man sei in einem Konstrukt mit sieben weiteren Gemeinden und entsprechend an Prozesse und Fristen gebunden. Der Gemeinderat stimme mit den Motionären überein, dass es darum gehe, möglichst bald eine Lösung für das Eissportzentrum zu finden.

Stand heute laufe die Beschlussfassung in den Gemeinden noch. Es habe noch keine Gemeinde das vorliegende Sanierungsprojekt abgelehnt, auch in Interlaken würde aufgrund der Initiative noch das Volk damit befasst. Es müssten alle acht Gemeinden Beschluss fassen. Der Terminplan sei abgestimmt, man habe hoffentlich bis Ende Jahr eine Lösung oder zumindest Gewissheit, wie es weitergehe. Eine Beschleunigung sei nicht möglich. Für eine Lösung brauche man einen gleichlautenden und übereinstimmenden Beschluss aller acht Gemeinden. Das Bindeglied sei die einfache Gesellschaft der acht Gemeinden, welche die Steuerung und Koordination übernehme und allenfalls Sanierungsprojekte mit dem Verwaltungsrat erarbeite, Auftrag erteile, kontrolliere etc.

Der Gemeinderat sei überzeugt, dass eine – allenfalls angepasste – Sanierungslösung auf die grösste Zustimmung stossen werde, wenn sie von der einfachen Gesellschaft, über die einzelnen Gemeinden konsolidiert erarbeitet werde und dann von allen gleich beschlossen werden könne. Es gehe schlussendlich darum, möglichst bald eine Lösung zu finden. Dies könne mit der Motion nicht beschleunigt werden. Der Gemeinderat habe den Auftrag entgegengenommen, aber aus den genannten Gründen empfehle der Gemeinderat zum jetzigen Zeitpunkt, die Motion für nicht erheblich zu erklären.

Motionär *Marcel von Allmen* dankt dem Gemeinderat für die Antwort und fürs Ernstnehmen der Motion sowie für das Treffen im Vorfeld. Sie hätten dieses Vorgespräch als sehr wertvoll empfunden und würden es sehr schätzen, wenn das so beibehalten werden könnte, es bringe allen etwas.

Betreffend Motion gehe er mit dem Gemeinderat einig. Als sie die Motion eingereicht hätten, war die Volksinitiative zwar gestartet, aber noch nicht gültig erklärt. Sie hätten sich deshalb erlaubt, die Motion einzureichen. Mit der Motion hätten sie zeigen wollen, dass ihnen die Eishalle nicht egal sei; auch sie wollten vorwärts machen und zu einem Ergebnis kommen. Er hoffe, nicht nur der Gemeinderat, auch andere hätten den Auftrag verstanden. Nun seien die beiden Motionäre zum Schluss gekommen, dass es im Moment keinen Sinn mache, die Motion weiterzuverfolgen. Es sei das falsche Instrument zum jetzigen Zeitpunkt. Sie hätten sich deshalb entschieden, die Motion vorerst **zurückzuziehen**. Sie würden es sich aber vorbehalten, die Motion wieder einzubringen, wenn zum Beispiel eine Gemeinde die Eishalle ablehnen würde. Dann könnte man wieder darüber diskutieren.

27 **A1.3** Unterschriftensammlung, Initiative und Referendum generell

Gemeindeinitiative "Volksabstimmung zum Rahmenkredit für die Sanierung und künftige Finanzierung Eissportzentrum Jungfrau"

Die Geschäftsprüfungskommission verzichtet auf Bemerkungen.

Gemeinderat Nils Fuchs erklärt, dass die Volksinitiative den Rahmenkredit für die Sanierung und künftige Finanzierung Eissportzentrum Jungfrau, der im GGR am 21. März 2023 abgelehnt worden war, den Stimmberechtigten vorlegen wolle. Heute gehe es um den Beschluss zur Initiative. Die Volksabstimmung sei Ende Jahr vorgesehen. Er erinnert daran, dass den acht beteiligten Gemeinden ein gleichlautender

Beschluss zum vorliegenden Projekt zur Beschlussfassung vorgelegt wurde. Es sei deshalb nicht möglich, am Projekt etwas zu ändern. Bei der Initiative gehe es darum, den Beschluss dem Volk vorzulegen. Der GGR habe die Möglichkeit, eine Abstimmungsempfehlung abzugeben.

Gemäss den rechtlichen Grundlagen kämen Initiativen zu Geschäften in abschliessender Zuständigkeit des GGR vors Volk, wenn der GGR die Initiative ablehne. Im aktuellen Fall sei aufgrund der Höhe des Betrags nicht der GGR abschliessend zuständig, deshalb komme die Initiative auf jeden Fall vors Volks, egal ob der GGR weiterhin Nein sage oder zustimme. Speziell sei, dass dasselbe Geschäft schon einmal im GGR war.

In den Fraktionssitzungen habe es Fragen zum genauen Wortlaut der Initiative gegeben. Der Initiativtext laute: "Der Grosse Gemeinderat Interlaken unterbreitet den Antrag für den Rahmenkredit für die Sanierung und künftige Finanzierung Eissportzentrum Jungfrau zur rechtskräftigen Beurteilung der stimmberechtigten Bevölkerung der Gemeinde Interlaken." Gemäss Wortlaut verlange die Initiative, dass der GGR den besagten Antrag vorlege, und nicht, dass vom Volk über den Antrag entschieden werde. Der GGR, bzw. wenn er es ablehne das Volk, würde also darüber abstimmen, ob über den Rahmenkredit abgestimmt werden solle – eigentlich ein rein prozessualer Beschluss.

Deshalb habe sich der Gemeinderat erlaubt, ein Vorgehen vorzuschlagen, das im Sinne aller sei, nämlich dass die Initiative dem Volk vorgelegt werde. Das Parlament würde in einem ersten Schritt über den Wortlaut der Initiative Beschluss fassen, d.h. der GGR würde darüber beschliessen, ob er den Rahmenkredit dem Volk vorlegen wolle. In einem zweiten Beschluss ginge es um die Abstimmungsempfehlung. Anschliessend sei es am Büro des GGR, die Abstimmungsbotschaft entsprechend klar zu verfassen. Dieses Vorgehen sei aus Sicht des Gemeinderats auch für die Stimmberechtigten am einfachsten. Ihnen würde eine Frage gestellt: Wollen Sie diesen Kredit annehmen? Ja oder Nein. Und nicht der Initiativtext, der nicht ganz eindeutig sei.

Wenn der GGR dem Vorgehen nicht zustimme, also zum prozessualen Beschluss bzw. der Initiative Nein sage, dann würde das Volk darüber abstimmen, ob das Geschäft dem Volk vorgelegt werde. Das gäbe dann eine Doppelabstimmung, da man aus Zeitgründen gleichzeitig fragen würde, ob darüber abgestimmt werden solle sowie was man dazu (zum Rahmenkredit) sagen würde. Das wäre aus Sicht des Gemeinderats unnötig kompliziert, verwirrend und sicher auch nicht im Sinne des GGR, da man sich einig sei, dass es eine möglichst rasche Lösung bzw. Gewissheit über das weitere Vorgehen betreffend Eissportzentrum brauche. Wenn im Dezember die Beschlüsse aller Gemeinden vorliegen würden, wisse man endlich, wie es weitergehe. Dieses Vorgehen diene der prozessualen und formellen Sicherheit.

Ratspräsidentin Sabrina Amacher erklärt, dass sich die Eintretensfrage bei diesem Geschäft nicht stelle, und eröffnet die Diskussion.

Adrian Aulbach erinnert daran, dass die Fraktion SP/Grüne bei der Abstimmung im GGR im März in der Minderheit gewesen sei. Es habe auch bei ihnen kritische Stimmen gegeben, aber man habe das Volk darüber abstimmen lassen wollen. Insofern sei man mit der Initiative in einer guten Situation, dass das Geschäft vors Volk komme, auch wenn der GGR es ablehne. Das vereinfachte Vorgehen werde unterstützt. Ein nächstes Mal sollten jedoch alle Beteiligten früher zusammensitzen und Lösungsideen absprechen, damit nicht eine Initiative und eine Motion eingereicht würden. Gleichzeitig sollte der Initiativtext geprüft werden, um eine solche Verwirrung zu vermeiden. In diesem Sinn sei man froh, wenn nun alle ja dazu sagen könnten, das Geschäft dem Volk vorzulegen. Die Fraktion werde mehrheitlich auch für eine Ja-Parole stimmen.

Oliver Fuchs erklärt, dass die FDP-Fraktion bei ihrem Beschluss bleibe und weiterhin für das Eissportzentrum sei, aber gegen das vorliegende Projekt. Er persönlich sei für das Projekt Eissportzentrum und habe auch eine entsprechende Motion eingereicht, dass es vielleicht noch andere Möglichkeiten gebe.

Marcel von Allmen erläutert, dass die SVP/EDU mit dem Vorgehen einverstanden sei. Es sei der richtige Weg, dass es dem Volk vorgelegt werde. Bezüglich Eissportzentrum habe man die Meinung nicht geändert und lehne den vorliegenden Ausführungskredit weiterhin ab. Die Situation habe sich in den letzten Monaten noch etwas verändert. Aufgrund der Schliessung der Eishalle Grindelwald werde weiterer Bedarf anfallen. Sie seien mittlerweile der Meinung, es sei nicht mehr ein Problem der acht Trägergemeinden, sondern der Regionalkonferenz. Man müsse grösser denken. Man sehe es nicht als Lösung, das auf

die Trägergemeinden zu verteilen und andere würden davon profitieren. Die SVP/EDU werde das Geschäft weiterhin ablehnen bzw. zur Ablehnung empfehlen.

Fredi Daumüller ergänzt seitens FDP-Fraktion, dass die Kostentransparenz fehle. Der Umbau sei das eine, das Defizit etwas anderes. Es gebe bisher keine handfesten Lösungsansätze, wie man das Defizit verkleinern oder sogar abbauen wolle. Er habe einen Preisvergleich gemacht – in Wichtrach seien die Preise für die Eismieten der Vereine viel höher als in Matten. Das jährliche Defizit müsse der Steuerzahler übernehmen. Kurz gesagt würde man sehr viel Geld in eine alte Halle investieren. Man habe die Motion Oliver Fuchs auf dem Tisch. Deshalb könne die Fraktion keine positive Wahlempfehlung abgeben. Er stellt folgenden Antrag der FDP-Fraktion:

"Dem Büro des Grossen Gemeinderat wird beantragt, den folgenden Text in der Abstimmungsbroschüre zu drucken.

Den Kostenvoranschlag für die Sanierung Eissportzentrum basieren aus den Jahren 2014/2019. Die Kostenschätzungen geben ihrerseits eine Kostenwahrheit / Kostenungenauigkeit von +/- 25 % an. In den Offerten nicht berücksichtigt ist die Bauteuerung die seit dem April 2014 bis zum April 2023 13.5 Indexpunkte beträgt. Es muss zusätzlich mit einer Bauteuerung von mindestens 13.5 % gerechnet werden."

Lars Frederiksen erklärt, dass die GLP/EVP-Fraktion dem Geschäft zustimmen werde. Es gehe auch darum, den Einheimischen etwas zu bieten und nicht nur den Touristen. Für eine hohe Wohnqualität brauche man ein Eissportzentrum, ein Bodelibad, eine Bibliothek, einen Fussballplatz, eine Musikschule.

Andreas Roth ergänzt, dass die SVP selbstverständlich dafür sei, die Initiative dem Volk zu unterbreiten. Sie würden das Geschäft jedoch zur Ablehnung empfehlen. Es sei einfach zu teuer. Im Budget 2023 habe man noch einen Selbstfinanzierungsgrad von 3.1%, d.h., man müsse Geld aufnehmen, um das bezahlen zu können. Nach wie vor sei eine Steuererhöhung möglich. Das Volk müsse das einfach wissen – man könne das Geschäft annehmen, aber man müsse dann auch die Folgen tragen.

Gemeinderat Nils Fuchs versteht die Überlegungen und die Frustration über die Zahlen. Das Bauprojekt sei seit langem in der Beschlussfassung, es habe irgendwann fixiert werden müssen. Die Teuerung sei durchaus ein Thema. Für die ersten beiden Etappen lägen Offerten vor, die sofort ausgelöst werden könnten und die im Budget seien.

Fredi Daumüller erklärt, wieso er den Antrag gestellt habe. Wenn man nicht beide Seiten in den Abstimmungsunterlagen bringe, könne gegen die Abstimmung Einsprache erhoben werden. Das habe man bei Crossbow erlebt. Da habe es ein positives Abstimmungsresultat gegeben, aber der Regierungstatthalter habe die Abstimmung annullieren müssen, da die Abstimmungsunterlagen einseitig gewesen seien. Er wolle das verhindern. Der Stimmbürger müsse wissen, dass es teurer komme.

Vizegemeindepräsident Kaspar Boss legt dar, dass es nicht teurer werden könne. Es stehe nur der gemäss Antrag gesprochene Kreditbetrag zur Verfügung. D.h., bei der aktuellen Bauteuerung werde es eine Verzichtplanung geben müssen. Zudem müsse jede einzelne Etappe von den zuständigen Gremien in den einzelnen Gemeinden ausgelöst werden. Die Gemeinderäte hätten somit die Kostenkontrolle, sodass der Verwaltungsrat und die einfache Gesellschaft nicht etwas machen könnten, was zu einer Budgetüberschreitung führen würde. Es sei also möglich, dass am Schluss nicht alles, was geplant war, realisiert werden könne. Aber der Betrag selbst sei im Kreditbeschluss festgelegt und könne nicht einfach willkürlich angepasst werden.

Fredi Daumüller ist nicht ganz einverstanden. In den Unterlagen für den GGR sei das Bauprogramm enthalten gewesen. Wenn man das Geschäft dem Volk vorlege, wolle das Volk wissen, was für die 9.7 Mio. bzw. 2.5 Mio. für Interlaken umgesetzt werden könne. Dann sei der GGR nicht ehrlich behandelt worden – man habe eine Vorlage mit dem Bauprogramm erhalten, was für 9.7 Mio. gebaut werde. Aufgrund der Teuerung könne nicht alles umgesetzt werden.

Vizegemeindepräsident Kaspar Boss präzisiert, es handle sich um die Stufe Richtprojekt, mit einer Kostengenauigkeit +/- 20 %. Anschliessend gehe man in die Ausführung und jede einzelne Etappe werde durch die einfache Gesellschaft bei den Exekutiven zur Auslösung beantragt. Der Betrag sei fix, und die

Etappen würden in den Exekutiven freigegeben. Das sei vom Gemeindepräsidenten im GGR und auch von den Gemeindepräsidien in den anderen Gemeinden so dargelegt worden.

Zum Antrag betreffend Abstimmungsbotschaft weist *Vizegemeindepräsident Kaspar Boss* darauf hin, dass die Abstimmungsbotschaft vom GGR-Büro gemacht werde. *Fredi Daumüller* könne dem Büro nahelegen, das aufzunehmen, das Büro werde dann entscheiden, was es aufnehme. Genauso wie die Argumente einer namhaften Minderheit in die Botschaft aufgenommen würden. Der beste Weg Einfluss zu nehmen sei über die Büromitglieder aus der eigenen Partei. Das Büro sei das entscheidungskompetente Gremium. Wer nicht einverstanden sei, könne sich im Abstimmungskampf dazu äussern.

Roger Rüegger dankt dem Gemeinderat für die Offenheit, es sei nun das erste Mal, dass dieser sage, dass das Geld nicht reiche. Er sei froh, dass man das dem Volk genau so vorlegen könne. Der Antrag habe also gewirkt.

Die Ratspräsidentin ordnet einen fünfminütigen Sitzungsunterbruch an.

Ratspräsidentin Sabrina Amacher erklärt, dass gemäss Geschäftsreglement des GGR das Büro die Abstimmungsbotschaft formuliert. Sie seien nicht ganz sicher, dass es rechtlich zulässig sei, einen Text vorzugeben. Das Büro werde die Argumente aus dem GGR in der Abstimmungsbotschaft berücksichtigen.

Fredi Daumüller hält am Antrag fest. Es sei nicht ein Text, der dagegen spreche, sondern der die Stimmberechtigten darauf aufmerksam mache, dass es eine Teuerung gebe und das vorliegende Projekt entsprechend teurer werden könne, wenn es wie vorgelegt umgesetzt werde.

Ratspräsidentin Sabrina Amacher erklärt, dass die Abstimmung unter Vorbehalt einer rechtlichen Überprüfung erfolge. Die Ratspräsidentin liest den Antrag nochmals vor.

Beschluss:

Der Antrag Daumüller wird mit 11 zu 11 Stimmen und Stichentscheid der Ratspräsidentin abgelehnt.

Beschluss:

Den Stimmberechtigten wird der Rahmenkredit für die Sanierung und künftige Finanzierung Eissportzentrum Jungfrau unterbreitet.

(19:2 Stimmen)

Der Grosse Gemeinderat empfiehlt den Rahmenkredit zur Ablehnung.

(12:11 Stimmen)

Gemeinderat Nils Fuchs weist auf den öffentlichen Informationsanlass am nächsten Abend, 23. August 2023, in der Eishalle hin.

28 **B1.3.1** Allgemeine Akten (Natur- und Heimatschutz, Denkmalpflege)

Postulat Romang, Biodiversität, Fristverlängerung

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen.

Gemeinderat Franz Christ verweist auf die schriftliche Stellungnahme des Gemeinderats.

Adrian Aulbach, als erster im Rat vertretener Mitunterzeichner, findet es erfreulich, dass schon viel gegangen sei. Man vertraue darauf, dass es in die richtige Richtung weitergehe und der Gemeinderat mache, was möglich sei. Sie würden der Fristverlängerung zustimmen, damit man das Anliegen zum Abschluss bringen und das Postulat zu gegebener Zeit als erledigt abschreiben könne.

Beschluss:

Die Frist zur Beantwortung des Postulats Romang, Biodiversität, wird einstimmig um drei Jahre verlängert.

29 **P25.06.110** Personal Bereich Polizeiinspektorat

Erhöhung der maximalen Stellenprozente der Gemeindeverwaltung

Der GPK-Sprecher verweist auf den eingereichten Antrag, die Korrektur sei vorgenommen worden. Die Geschäftsprüfungskommission hat keine weiteren Bemerkungen.

Vizegemeindepräsident Kaspar Boss informiert, dass er den ausstandspflichtigen Gemeindepräsidenten vertrete und in das Geschäft einführen werde. Gemeinderat Peter Michel werde fachspezifisch ergänzen. Gestützt auf Artikel 8 des Organisationsreglements sei der Grosse Gemeinderat für die maximalen Stellenprozente der Gemeindeverwaltung zuständig. Letztmals habe der GGR am 24. August 2021 die maximalen Stellenprozente per 1. Januar 2022 auf 2'700 festgesetzt. Im Moment habe der Gemeinderat noch einen Handlungsspielraum von 10 %. Nun komme man schon wieder mit einer Erhöhung, was unpassend scheinen möge. Aber genau betrachtet solle eine Aufgabe zurückgenommen werden, die im Moment extern vergeben sei und für die viel bezahlt werde.

Gemeinderat Peter Michel stellt Corinne Aller von der Sicherheitsabteilung vor, die auf Detailfragen Auskunft geben könne. Er führt aus, wie es zu diesem Antrag gekommen sei. Bei der Überprüfung letztes Jahr habe man festgestellt, dass der Vertrag mit dem PZI nur noch um ein Jahr verlängert werden könne und danach neu ausgeschrieben werden müsse. Man habe mit dem Verwaltungsratspräsidenten Kontakt aufgenommen und Anpassungen vorgenommen, da auf dem Rosenparkplatz die Schrankenanlage demontiert wurde. Das neue System mit den Parkuhren sei absolut sicher, weil man elektronisch auf jede Parkuhr zugreifen könne und wisse, wieviel darauf sei. Die Differenzen seit dem Wechsel der Parkuhren vor drei Jahren seien im Promillebereich.

In der Polizeiabteilung seien letztes Jahr zwei Mitarbeitende ausgefallen. Man habe Anlässe nur mit viel Einsatz durchführen können und weil man bei der letzten Erhöhung den Mann der Securitas durch einen eigenen ersetzt hatte. Ohne diesen dritten Mann wäre Interlaken drei Monate ohne Polizist dagestanden. Aufgrund der Möglichkeit eines erneuten Engpasses wolle man den Auftrag ans PZI zurücknehmen. Da es auf dem Rosenparkplatz keine Schrankenanlage mehr gebe, brauche es kein 24-Stunden-Pikett mehr. Zudem übergebe die Kantonspolizei der Gemeinde immer mehr Aufgaben. Man habe immer mehr zu tun und wäre froh, wenn man das Geld für diesen Auftrag in die Abteilung nehmen könnte. Es gehe fast auf und die Dienstleistung von Interlaken würde sich verbessern.

Vizegemeindepräsident Kaspar Boss fasst zusammen, dass die Sicherheitskommission auf der Grundlage der Zahlen des PZI eine Analyse vorgenommen habe und die Gemeinde mit einer Rücknahme der ausgelagerten Stellenprozente deutlich an Flexibilität gewinne. Er verweist auf weitere Punkte, die zu berücksichtigen seien. Die Gemeinde sei Aktionärin der Parkhaus Zentrum Interlaken PZI AG. Die Gemeinde sei mit 30 % am PZI beteiligt, was einer damaligen Beteiligung von 1,5 Mio. Franken entspreche, die auf 1 Franken abgeschrieben seien. Da das Kapital abgeschrieben sei, bestünden keine Risiken für die Einwohnergemeinde. Wenn der Vertrag neu vergeben werden müsse – eine Direktvergabe ans PZI sei nicht möglich, es brauche ein Submissionsverfahren – sei durchaus möglich, dass nicht das PZI den Auftrag erhalte. Dann habe man am Schluss, was man gar nicht wolle, nämlich die Auftrags Erfüllung weder dort, wo man gute Beziehungen habe, noch unter eigener Kontrolle, und sei auf einen externen Anbieter von weit her angewiesen.

Zusammengefasst bedeute der Antrag eine nahezu gleiche Kostenfolge trotz Stellenprozentenerhöhung und eine deutlich höhere Flexibilität für die Abteilung Sicherheit mit einer besseren Abdeckung der Auslastungsspitzen, höheren Flexibilität in der Personalplanung und Reaktionsfähigkeit bei Unvorhergesehenem. Die neu zu schaffende Vollzeitstelle beim Polizeiinspektorat könnte zu einem Teil noch innerhalb des heute geltenden Stellenetats realisiert werden und die Erhöhung des Etats wäre entsprechend kleiner. Dies würde jedoch den Handlungsspielraum des Gemeinderats reduzieren. Die Erfahrungen hätten gezeigt, dass es zum Beispiel in Zusammenhang mit Stellenwechseln oder bei Projekten nötig sei, über eine Reserve von Stellenprozenten zu verfügen.

Eintreten ist nicht bestritten.

André Chevrolet bemerkt, das Traktandum heisse "Erhöhung der maximalen Stellenprozente" – er habe zuerst gedacht, damit könne die Bauverwaltung Airbnb besser kontrollieren. Aber es gehe um die Sicherheit. In der Fraktionssitzung sei kurz informiert worden. In der Zwischenzeit seien weitere Informationen geflossen, welche die Frage aufwerfen würden, ob der GGR durch den Gemeinderat wirklich richtig und umfassend informiert worden sei. Aufgrund von Unterlagen des Verwaltungsrats PZI stelle er die folgenden Fragen: An der Rosenstrasse sei die Barriereanlage demontiert worden. Mit der Barriere seien gewisse Einnahmen sicher gewesen. Er hätte gerne eine Begründung, wieso die Barriereanlage aufgehoben wurde – sei das im Rahmen des neuen Systems, war dieser Entscheide überhaupt in der Kompetenz der Exekutive, und was sage der Gemeinderat zur Aussage des PZI, dass durch die Rücknahme des Mandats der Gemeinde Mehrkosten entstehen könnten, durch Pikett für die WC-Anlage usw.? Wie plane die Gemeinde die Störungsbehebung, sei der Pikett-Service Tag und Nacht gewährleistet? Wie sei es für die Fremdsprachigen organisiert?

Vizegemeindepräsident Kaspar Boss erklärt, dass der 24-Stunden-Pikett-Dienst des PZI für die WC-Anlagen weiterhin gebraucht werde. Die Bauabteilung werde diese Dienstleistung beim PZI nicht kündigen. Wenn das PZI den Auftrag nicht weiter erfüllen wolle, gebe es andere Anbieter vor Ort. Er könne zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen, ob das zu Mehrkosten führen würde. Es sei nicht auszuschliessen, dass es minimal teurer werde, wenn man einzelne Aufträge aus dem Paket entferne, aber bisher habe man vom PZI nichts dergleichen gehört. Den zweiten Pikett-Teil brauche es nicht mehr, da man ohne Schranke herausfahren könne. Der Gemeinderat sei sich beim Entscheid, die Schrankenanlage aufzuheben, bewusst gewesen, dass nicht jeder Automobilist den Parkplatz bezahlen würde. Es bestehe ein gewisser Graubereich, den man mit der Schrankenanlage besser im Griff hatte, aber die Wartung und der Unterhalt und die technische Anfälligkeit der Barriereanlage seien auch hoch gewesen, ebenso der Pikett-Dienst. Der Mix aus Kurzzeitparkplatz und Dauermietern sei im Handling sehr schwierig. In dieser ganzen Konstellation habe der Gemeinderat bewusst entschieden, einen gewissen Graubereich in Kauf zu nehmen. Wenn man relativ häufig büsse – und dafür habe man dann das Personal – werde am Schluss mehr Geld in der Kasse sein als wenn alle bezahlt hätten.

Im Bau würde kein Personal geschaffen, weil der grösste Teil der Kontrollen nicht im baulichen Bereich sei, sondern im Betrieb. Es hätten erste Gespräche für eine abteilungsübergreifende Zusammenarbeit stattgefunden. Das meine man mit zusätzlichen Aufgaben und dem Abdecken von Spitzen.

Gemeinderat Peter Michel ergänzt, dass die Bauabteilung einen Vertrag mit dem PZI habe und die Sicherheitsabteilung. Man habe als Referenz die Zahlen von Januar/Februar/März 2019 (dem bisher besten Jahr) sowie von 2023 als Vergleich genommen. Die Zahlen des PZI würden auf den Münzeinnahmen beruhen, dabei fehle, was per App oder durch Bussen eingenommen wurde. Der Gemeinderat habe das abgeklärt und sei fast auf Null gekommen – man habe etwas weniger eingenommen, aber dafür kein Pikett bezahlt. Das PZI habe zuvor für Münzleerung und Auffüllen sowie Schrankenbewirtschaftung 25'000 Franken erhalten. Zudem wäre ein grösserer Service im Münzwechsler nötig gewesen. Es habe mehr Sinn gemacht, zwei neue Parkuhren hinzustellen, diese hätten weniger gekostet.

In der Ausschreibung würde ein jüngerer Mitarbeiter mit technischer Ausbildung gesucht.

André Chevrolet fragt, ob der Antrag der Exekutive anders ausgefallen wäre, wenn das Aktienkapital von 1,5 Millionen nicht abgeschrieben wäre?

Vizegemeindepäsident Kaspar Boss erklärt, der Gemeinderat habe über die vorliegenden Fakten diskutiert, nicht über Eventualitäten, und auf dieser Grundlage entschieden. Die Hauptüberlegungen seien die Argumente aus dem personellen Bereich. Da bringe der Entscheid eine höhere Flexibilität und deutliche Vorteile. Er verweist diesbezüglich auf die Erfahrungen im Bereich Infrastruktur.

Oliver Fuchs findet, das Geschäft sei ein Kuhhandel. Es würden zwei Sachen vermischt. Wenn die Sicherheitskommission mehr Stellenprozente brauche, sei das legitim. Die Situation sei gut erklärt worden. Aber beim Rosenparking wolle man dem PZI einen Auftrag wegnehmen, gleichzeitig sei man an dieser Firma beteiligt. Er habe deshalb Fragen vorbereitet. Wie sehe der Gemeinderat die Weiterentwicklung dieser AG? Wolle man an dieser Beteiligung festhalten?

Vizegemeindepäsident Kaspar Boss antwortet, dass im Moment nichts dagegenspreche, daran festzuhalten. Die Risiken seien bei Null, da abgeschrieben. Im Moment mache es keinen Sinn, die 30 % freiwillig abzugeben, aber wenn ein Investor komme mit einem guten Projekt, werde man dies prüfen.

Oliver Fuchs fragt nach, wie der Gemeinderat die Weiterentwicklung des PZI sehe, wenn man ihnen diesen Auftrag wegnehme? Müssten sie Stellen abbauen?

Vizegemeindepäsident Kaspar Boss kann dazu keine Auskunft geben. Er gehe davon aus, dass es für das PZI wirtschaftlich nicht die optimale Situation sei, er könne aber nicht sagen, wie das PZI reagieren werde. Im Übrigen dürfe nicht vergessen werden, dass der Rosenparkplatz gebaut sei, die Schranke sei weg und würde nicht wieder montiert. Dieser Entscheid sei richtig gewesen und habe sich bewährt. Die Frage sei nun, ob auch der Rest zurückgenommen werde. Und dieser Rest schaffe einen enormen Gegenwert, der aus Sicht der Exekutive mehr wert sei als das Risiko, das man beim PZI in Kauf nehme. Man gehe aber nicht davon aus, dass die Firma deswegen untergehe. Abgesehen davon sei nicht sicher, dass das PZI den Auftrag erhalte, wenn er ausgeschrieben werde. Zum Schluss weist er auf das unternehmerische Risiko hin. Das PZI müsse jetzt zusätzliche Aufträge generieren. Es gebe durchaus Möglichkeiten. *Oliver Fuchs* stimmt zu, dass es eine AG auf dem freien Markt sei, aber hier sei die Gemeinde, sprich das Stimmvolk beteiligt.

Oliver Fuchs fragt als nächstes, wie hoch der jährliche Ertrag sei, den das PZI für die Gemeinde abwerfe?

Gemeindepäsident Philippe Ritschard erlaubt sich trotz Ausstand, dazu Auskunft zu geben. Das PZI habe in den letzten Jahren Gewinn geschrieben und sei daran, die Verluste aus der Vergangenheit abzutragen. Das Eigenkapital sei noch nicht gedeckt.

Oliver Fuchs meint, es müsste bei der Analyse der Siko einfließen, was passiere, wenn man einer Firma den Auftrag entziehe. Es sei aus seiner Sicht nicht ganz zu Ende gedacht. Buchhalterisch habe es sich die Gemeinde einfach gemacht, indem sie die Beteiligung abgeschrieben habe. So spiele es keine Rolle, wenn die Firma Schaden nehme. *Vizegemeindepäsident Kaspar Boss* entgegnet, dass die Gemeinde die Firma in einer ziemlich grossen Krise gerettet habe.

Oliver Fuchs erwähnt als letztes, man habe die Barriere entfernt und gemäss Verwaltungsratspräsident 100'000 Franken weniger eingenommen. Sei dieser Betrag nicht realistisch, habe man dies nicht einberechnet oder sei man anderer Meinung als der Verwaltungsrat des PZI?

Vizegemeindepäsident Kaspar Boss entgegnet, mit einem Covid-Jahr als Vergleichsjahr sei nicht erstaunlich, dass die Einnahmen niedriger seien. Der Verwaltungsratspräsident habe die Zahlen im Gemeinderat präsentieren und seine Argumente darlegen können. Die Vergleiche und Zahlen seien für den Gemeinderat nicht plausibel und glaubwürdig gewesen, um den Entscheid rückgängig zu machen – was relativ grosse bauliche Investitionen bedeuten würde und eine Rückkehr zum unpraktischen Handling und einer Barriere, die immer wieder irgendwo in der Gegend liege.

Oliver Fuchs dankt für die Ausführungen und stellt den Antrag, das Geschäft zurückzustellen. Es sei nicht zu Ende gedacht. Wenn die Sicherheitskommission Stellen brauche, solle man das klar sagen. Dass man

an einer Firma beteiligt sei und ihr gleichzeitig einen Auftrag wegnehme, könne er nicht nachvollziehen. Er könne unmöglich zustimmen. Er empfehle, das nochmal zu prüfen. Vielleicht brauche es auch noch Stellen für die Überwachung und Kontrolle der Airbnb. Das eine sei, dass man neue Mitarbeiter brauche, das andere, einen Auftrag zu vergeben, auch wenn man das ausschreiben müsse.

Vizegemeindepräsident Kaspar Boss entgegnet, das hänge zusammen. Man könne nicht separat über die Stellenprozente reden und separat über den Vertrag mit dem PZI, sonst habe man am Schluss die Stellenprozente erhöht und den Vertrag erneuert, dann habe man die Kosten an beiden Orten und wisse nicht, wie man mit den Prozenten auf der Gemeinde umgehen wolle. Das eine sei die zwingende Folge des andern. Aber mit dem Rosenparking habe es nichts mehr zu tun, das sei vollzogen, daran ändere man nichts mehr. Jetzt gehe es um die sonstige Bewirtschaftung, wie in den Unterlagen dargestellt. Wenn der GGR den Antrag ablehne, werde der Vertrag öffentlich ausgeschrieben. Die Stellenprozente brauche man nur, wenn man den Vertrag nicht mehr erneuere. Aber die Argumentation, dass man mit diesen Stellenprozenten auf der Gemeinde bei niedrigen Kosten deutlich flexibler arbeiten könne, habe den Gemeinderat überzeugt. So könne man das Personal flexibler einsetzen, auch abteilungsübergreifend, habe mehr Know-how im Haus und weniger Überstunden. Für diese Flexibilität brauche es die Stellenhöhung, und dafür müsse man den Vertrag zurücknehmen. Er sehe nicht, wieso das Geschäft heute nicht entscheidungsfähig sein solle. Die Entscheidungsbasis liege vor, er sehe derzeit keine zusätzlichen Argumente und Informationen.

Oliver Fuchs weist darauf hin, dass seitens Gemeinderat gesagt wurde, dass man jetzt schon zu wenig Stellenprozente habe. Also ohne das Parking. Was für ihn nicht stimme sei, dass man Anteilhaber an einer Firma sei und dem eigenen Verwaltungsrat bzw. dessen Zahlen nicht vertraue.

Vizegemeindepräsident Kaspar Boss präzisiert, dass das Brechen der Auslastungsspitzen beim Ausfall von Mitarbeitenden nicht heisse, dass man grundsätzlich zu wenig Personal habe. In einem kleinen Team sei es viel schwieriger, bei Ausfällen die Aufgaben zu erfüllen. Beim gestiegenen Auftragsvolumen in der Sicherheitsabteilung – übrigens eine Renditeabteilung auch mit Dienstleistungen für andere Gemeinden – brauche es eine gewisse Flexibilität, um Ausfälle abdecken zu können. Darum gehe es, und ums Brechen von Auslastungsspitzen.

Gemeinderat Peter Michel ergänzt, die Sicherheitskommission habe in drei Sitzungen alles analysiert, dürfe jedoch die Zahlen nicht herausgeben. Man habe den Auftrag zu sparen oder Verbesserungsvorschläge zu machen. Nun würde man quasi eine 100% Stelle mit 31% finanzieren. Man könne das PZI nicht bevorzugen, sondern müsse den Auftrag ausschreiben. Es werde immer von Pikett gesprochen. Man habe Parkzeit von 7 bis 19 Uhr. Auf jeder Parkuhr stehe die Telefonnummer der Gemeinde, am Wochenende gehe es aufs Handy, und wenn etwas sei könne man reagieren oder sonst habe man während einer gewissen Zeit keine Einnahmen. Aber das Pikett für die Schrankenanlage koste ein Vielfaches. Mit den Einnahmen aus Online-Einzahlungen und Bussen sowie den Einsparungen fürs Pikett sei man nie bei den seitens PZI erwähnten 100'000 Minus.

Andreas Dummermuth erläutert, die EVP/GLP-Fraktion habe sich die Frage gestellt, ob und wie die Sicherheitskosten bei öffentlichen Anlässen auf die Veranstalter abgewälzt werden, ob die Gemeinde voll entschädigt werde oder ob der Gemeinde noch Kosten verblieben. Der zweite Punkt sei, wenn man einer Firma, an der man beteiligt sei, Aufträge entziehe, gehe man davon aus, dass die Firma nie Gewinn schreiben werde und man keinen Return bekomme. Wie sehe das aus?

Gemeinderat Peter Michel antwortet, wenn die Gemeinde Beschilderungen oder sonst etwas für einen Anlass mache, werde das kostendeckend verrechnet, nicht gewinnorientiert. Es gebe Ausnahmen wie den 1. August, wo nichts aufgeschrieben werde.

Dorothea Simmler fragt, was grundsätzlich die Aufgaben der Stelle seien?

Gemeinderat Peter Michel führt aus, wenn der Vertrag nicht mehr ausgeschrieben werde, würden zwei Mitarbeitende zweimal pro Woche Leerungen machen, und es sei das Ziel jemanden einzustellen, der

Support machen könne. Zudem habe man viele Aufgaben vom Kanton übernommen, z.B. Dokument-übergaben. *Corinne Aller* konkretisiert, es gehe einerseits um die Betreuung und Wartung der Parkuhren (Leerung der Parkautomaten, Support bei Münzstau, Automaten flicken bei Vandalismus, Wechsel von Tarifschildern etc.) – also das, was in den 30% vom PZI enthalten sei und man zurücknehmen würde. Mit den restlichen Stellenprozenten sollen weitere Aufgaben abgedeckt werden wie Parkbussen bzw. Kontrollrundgänge. Sie verweist auf das Legislaturziel, Aufgaben für andere Gemeinden zu übernehmen, was bisher erfolgte ohne die Stellenprozente anzupassen (drinnen wie draussen, z.B. ruhender Verkehr in Unterseen, Bussenverwaltung für Iseltwald und Bönigen, Radar für Matten). Dazu kämen Taxi- und Gastro-Kontrollen und die Anlässe im Sommer. Wenn in der Hochsaison zwei Mitarbeitende ausfielen, werde es prekär. Weitere Aufgaben des Polizeiinspektorats seien Heckenkontrolle und -rückschnitt. *Gemeinderat Peter Michel* ergänzt die Zustellung von Dokumenten sowie Baustellenabsperungen. Arbeit sei genug vorhanden, und sonst gehe er dann Bussen verteilen.

Marcel von Allmen führt aus, man habe gehört, dass die Gemeindeverwaltung immer mehr zu tun habe – sie auferlege sich diese Aufgaben aber auch selber. Die SVP/EDU sei der Meinung, jetzt sei genug. In den letzten Jahren sei einiges investiert worden, um die Arbeit zu erleichtern. Es brauche trotzdem immer mehr Personal. Hinter der Erhöhung im Polizeiinspektorat könne man stehen, aber die Verwaltung dürfe nicht immer weiter wachsen. Sonst reiche auch das sanierte Gemeindehaus nicht. Vor zwei Jahren habe man bereits die Stellenprozente erhöht, damals habe der Gemeinderat gesagt, da sei noch Reserve drin, das werde nicht sofort ausgeschöpft. Sie seien einverstanden, der Sicherheit die 100 Stellenprozente zuzuschreiben, aber nicht durch Erhöhung der Stellenprozente. Die SVP/EDU stelle den Gegenantrag, der Sicherheit die 100 Stellenprozente zuzuschreiben, aber diese müssen verwaltungsintern eingespart werden. Die 2700 Stellenprozente werden nicht erhöht.

Vizegemeindepräsident Kaspar Boss entgegnet, mit dieser Erhöhung spare man de facto Geld. Man blähe hier nicht die Verwaltung auf, sondern organisiere sie effektiver. Es dürfe nicht sein, dass man mehr zahlen müsse, weil man den Stellenetat nicht erhöhen könne. Hier könne man mit 31 Prozent der Kosten eine 100-Prozent-Stelle zahlen. Man gebe der Verwaltung viel mehr Flexibilität. Es sei schlicht nicht machbar bei den gestiegenen Anforderungen an die Abteilungen. Nicht die Gemeinde habe diese erfunden, der Kanton gebe mittels Gesetz vor, welche Aufgaben die Gemeinden zu erfüllen hätten. Dementsprechend müsse man die Verwaltung aufstellen. Verglichen mit anderen Zentrumsgemeinden sei Interlaken betreffend Personal nicht überdotiert. Man dürfe nicht vergessen, dass auch andernorts attraktive Arbeitsplätze angeboten würden und die guten Leute auf dem Arbeitsmarkt extrem gefragt seien. Er verstehe das Argument, dass es nicht der richtige Zeitpunkt sei, aber effektiv würde nicht erhöht, man nehme Aufgaben zurück, für die man heute extern Geld zahle. Man könne dies flexibler einsetzen. Es brauche etwas Vertrauen in den Gemeinderat und die Verwaltung. Die Geschäfte würden immer komplexer, es gebe ganz andere Anforderungen als vor 10-15 Jahren, und man sei in dieser Zeit nicht übermässig gewachsen. Er bittet den GGR um die Chance, das zu machen, was immer verlangt werde, nämlich Geld zu sparen und die Effizienz zu steigern.

Marcel von Allmen stimmt zu, dass für vieles nicht die Gemeinde verantwortlich sei. Trotzdem widerspreche es ihrem Ideal, immer mehr Bürostellen zu schaffen und immer mehr Aufgaben zu übernehmen. Vielleicht müsste sich die Gemeinde einmal gegen den Kanton wehren. Zweitens sei versprochen worden, dank diesem Programm oder jener Neuerwerbung könnten Stellenprozente eingespart werden – das habe nie stattgefunden. Im Gegenteil, es sei gewachsen, z.B. in der Gemeindeschreiberei und beim Personalwesen. Die Verwaltung dürfe nicht endlos wachsen, und heute sei der Zeitpunkt Gegensteuer zu geben.

Vizegemeindepräsident Kaspar Boss weist darauf hin, dass per Gesetz zugewiesene Aufgaben erfüllt werden müssten. Das müsse das Parlament als Aufsichtsbehörde auch gewährleisten. Man versuche durchaus, sich in Bern durchzusetzen, aber er empfehle, den eigenen Parteivertretern in Bern zu sagen, sie sollten nicht immer neue Aufgaben an die Gemeinden delegieren. Die Behörden müssten sich ans Gesetz halten. Man könne keine Stellen einsparen, sonst hätte das der Gemeinderat schon getan. Nun bestehe die Chance, günstiger, effizienter und besser zu werden. In Bezug auf die erwähnten Stellen weist er darauf hin, dass in der Finanzabteilung die aufwändige Umstellung auf die neue Software laufe, und in der Gemeindeschreiberei seien die Stellenprozente nicht gross erhöht, sondern vorübergehend

anders besetzt worden. In den einzelnen Abteilungen gebe es wenn immer möglich befristete Stellen, es würden keine Stellenprozente aufgestockt, wenn sie nicht gebraucht würden. Er weist darauf hin, dass der Werkhof dank der Flexibilität des Personalpools so gut funktioniere. Nun gehe man mit der Sicherheitsabteilung langsam in die gleiche Richtung. Mit dieser Grösse könne man das Personal auslasten. Wenn es selber gemacht werde, sei es am Schluss günstiger und effektiver. Das sei kein Aufblähen, sondern ein besseres Organisieren der Verwaltung und eine Verbesserung der Arbeitssituation der betroffenen Mitarbeitenden.

Beschluss:

Der Antrag Fuchs auf Rückweisung des Geschäfts wird mit 17 zu 4 Stimmen abgelehnt.

Beschluss:

Der Antrag von Allmen, die 2'700 Stellenprozente der Gemeindeverwaltung nicht zu erhöhen und der Sicherheitsabteilung 100 Stellenprozente zuzuschreiben, die intern durch Optimieren zu generieren sind, wird mit 14 zu 7 Stimmen abgelehnt.

Beschluss:

Die maximalen Stellenprozente für die Gemeindeverwaltung werden ab 1. Januar 2024 mit 2'800 Stellenprozente festgelegt.

(15:7 Stimmen)

30 **B3.E** Orientierungen, Verschiedenes (Behörden und Organe, politische Aktivitäten)

Orientierungen/Verschiedenes**Wortmeldungen aus dem Gemeinderat**

Gemeinderat Franz Christ informiert, dass vorgängig im Rahmen der Jubiläumsveranstaltung das neue Energiestadtlabel entgegengenommen werden konnte. Man habe gute Resultate erzielt und werde auf diesem Weg weitergehen, wie in den Legislaturzielen vorgesehen. Er teilt weiter mit, dass am Morgen die Grundsteinlegung der Turnhalle des Gymnasiums stattgefunden habe. Der Bau sollte bis Oktober 2024 fertig werden.

Gemeindepräsident Philippe Ritschard informiert, dass der Weihnachtsmarkt auf gutem Weg sei und die Gemeinde sich beteiligen werde. Er solle im Kursaalgarten unter dem Namen Weihnachtsdörfli stattfinden.

Neue parlamentarische Vorstösse

Int.2023-0407

Motion Aulbach Adrian, Sanierungskonzept

Ratssekretärin Barbara Iseli verliest die von Adrian Aulbach und 8 Mitunterzeichnenden eingereichte "Motion Sanierungskonzept":

"Der Gemeinderat wird gebeten, einen Zustandsbericht und ein Sanierungskonzept für die Gebäude in Gemeindebesitz erstellen zu lassen. Ziel ist es, die langfristige Instandhaltung und Effizienz der Liegenschaften sowie die Planbarkeit und Finanzierung der dazu nötigen Investitionen sicherzustellen. Das Sanierungskonzept soll die zu erwartenden notwendigen sowie empfohlenen Investitionen sowie den Zeithorizont, in dem diese zu erwarten sind, ausweisen.

Betreffend energetischem Zustand sollen sich Bericht und Konzept am GEAK orientieren und insbesondere Alter und Art der Heizung sowie deren Spitzenleistung und jährlichen Energiebedarf ausweisen."

Int.2023-0408

Motion Aulbach Adrian, Solarausbau auf Gemeindeligenschaften

Ratssekretärin Barbara Iseli verliest die von Adrian Aulbach und 11 Mitunterzeichnenden eingereichte "Motion Solarausbau auf Gemeindeligenschaften":

"Der Gemeinderat wird gebeten, die Installation von Photovoltaik auf den Gemeindeligenschaften voranzutreiben. Für geeignete Dach- und Fassadenflächen, die von der Gemeinde nicht innerhalb der nächsten 5 Jahre für Photovoltaiknutzung in Betracht gezogen werden, sollen Möglichkeiten zur Nutzung durch Dritte geschaffen werden. Dabei sind Angebote mit einer Rückkaufsmöglichkeit der Photovoltaikanlage durch die Gemeinde zu bevorzugen.

Die Gemeinde stellt interessierten Investoren dazu eine Liste der nach Solarkataster mindestens als «gut» eingestuften Flächen sowie deren geplante Restlebensdauer zur Verfügung, sofern die Gemeinde nicht plant diese Flächen innert 5 Jahren selbst zu nutzen."

G-Nr. 10055

Anfrage Liechti, Durchfahrt zu Events in Matten

Anja Liechti fragt betreffend der Events, die im Frühling und Sommer in Matten auf dem Flugplatz stattgefunden haben – sie habe auf Plakaten gelesen "Durchfahrt durch Matten nicht gestattet". Sie frage sich, wie weit Matten gehen dürfe und sagen könne, bei ihnen dürfe man nicht durchfahren, man solle durch Interlaken fahren. Sie finde das nicht in Ordnung.

Gemeinderat Peter Michel antwortet, die Gemeinden dürften gemäss Polizeigesetz eine Strasse bis zu 60 Tage sperren. Matten habe beim Vespa-Treffen eine solche Auflage gehabt. Matten habe die grossen Events und Interlaken den Verkehr. Er könne es mit den Vespas in der oberen Bönigstrasse nachvollziehen. Das Polizeiinspektorat habe dort ein Radar gehabt und einen dicken Stapel Bussen verschickt. Die Sicherheitskommission habe das gerügt; Matten hätte immerhin vorgängig informieren können, dann hätte man reagieren können. Für künftige Grossanlässe müsse es neu geregelt werden. Mit dem neuen Zubringer müsse nun nicht mehr der gesamte Verkehr zum Flugplatz durch Interlaken.

G-Nr. 10055

Anfrage Simmler, Restaurant Des Alpes

Dorothea Simmler fragt bezüglich Des Alpes: Sie habe sich sehr für die Sanierung des Restaurants und dass es in Gemeindehand bleibe eingesetzt. Es sei eine Goldgrube gewesen. Das Restaurant habe saisongerecht und auf dem neusten Stand eröffnet werden können. Sie sehe es aber selten richtig belebt und habe ein schlechtes Gefühl. Das Des Alpes sollte ein Begegnungsort für Einheimische und für Gäste sein, wie früher. Sie erkundigt sich nach dem Stand der Dinge, wie der Verlauf aussehe, was für nächstes Jahr geplant sei – ob man von Seiten der Gemeinde etwas wisse.

Vizegemeindepräsident Kaspar Boss antwortet, dass der Start nicht optimal verlaufen sei, es seien Massnahmen getroffen worden und es sei eine Besserung sichtbar. Der Gemeinderat beobachte die Situation, aber es sei nicht seine Aufgabe, auf die Geschäftsführung eines Pächters Einfluss zu nehmen. Man gebe dem Pächter die entsprechende Luft, das habe er in der letzten Sitzung gesagt. Man werde die Situation im Herbst mit ihm besprechen und schauen, wie es wirtschaftlich aussehe. Man sei in regem Kontakt mit dem Pächter, der immer offen Bericht erstattet und versichert habe, dass sich die Wechsel positiv ausgewirkt hätten. Der Pächter müsse ein Konzept finden, das funktioniere. Man sei zuversichtlich, dass er das schaffe. Wenn nicht, sei man am freien Markt und müsse die entsprechenden Massnahmen ergreifen. Man sei aber im Moment weit weg von diesem Schritt.

G-Nr. 10055

Anfrage Boss, Verein Chance Interlaken Plus

Pia Boss fragt, ob sich die Gemeinde monetär am neuen Verein Chance Winter plus beteiligt habe. Zudem interessiert sie, was die Eventkoordination im TOI mache; diese 20-30%-Stelle werde von der Gemeinde finanziell unterstützt.

Gemeindepräsident Philippe Ritschard antwortet, dass der Verein Chance Winter umbenannt wurde in Verein Chance Interlaken plus, mit dem Ziel, nicht nur den Winter zu beleben, sondern das ganze Jahr aktiv zu sein. Plus, weil man die Gemeinden aus der Umgebung einbinden möchte. Bisher waren es Interlaken, Matten und Unterseen und man möchte, dass auch Wilderswil und Bönigen mitmachen. Der Verein selber erhalte von der Gemeinde kein Geld. Der Bereich, der von den Gemeinden finanziell unterstützt werde, sei die Eventkoordination. 2022 wurde diese Vereinbarung verlängert bis 2024. Der Verein führe selber keine Anlässe durch und brauche entsprechend keine finanziellen Mittel, sondern sei ein Gremium, das Eingaben beurteile und als Türöffner funktioniere, zum Beispiel beim Kanton für NRP-Projekte. Der Verein Chance Interlaken plus müsse seine Rolle nun finden. Er bestätigt, dass er als Gemeindepräsident im Verein Einsitz nehme als Vertreter der Gemeinden; es könnte auch ein anderes Exekutivmitglied oder ein Exekutivmitglied einer anderen Gemeinde sein.

Wortmeldungen aus dem Rat

Pia Boss dankt den Vereinen, die am 1. August-Umzug teilnehmen und ein schönes Bild von Interlaken präsentieren, trotz Hochsaison und Schulferien. Sie habe gehört, es hätte nicht mehr so viele Nummern gegeben wie früher, umso mehr danke sie allen, die sich für einen solchen Anlass einsetzen.

Gemeinderat Peter Michel bestätigt als langjähriger Bundesfeierpräsident, dass der Umzug in den letzten Jahren wohl zehn Bilder verloren habe. Die Leute würden älter und könnten zum Teil nicht mehr mitmarschieren, es gebe Vereine, die sich auflösten, oder die nur alle zwei Jahre teilnähmen. Man sei offen und habe schon zweimal einen Aufruf gestartet; so waren letztes Jahr Innerschweizer Trychler dabei. Alle mitmachenden Vereine erhielten einen Beitrag. Dieses Jahr habe der Umzug auch kürzer gewirkt, weil er kompakt war und gut vorangekommen sei.

Erich Häsler merkt an, er habe in der letzten Sitzung den Gemeinderat aufgefordert, beim Ostbahnhofbrunnen die 28 Pfosten zu entfernen. Mit dem zusätzlichen Sicherheitspersonal könne da auch kontrolliert werden. Es sei zum Dauerparkplatz geworden und auch die Postautos parkierten dort regelmässig. Er fordere den Gemeinderat nochmals auf, dafür zu sorgen, dass es kein Parkplatz sei, die Pfosten zu entfernen und mit dem öV eine andere Regelung zu finden.

Marcel von Allmen weist darauf hin, dass die elektronische Sitzungsvorbereitung nicht funktioniert habe. Dies sollte gelöst werden.

Ratspräsidentin Sabrina Amacher informiert, dass die Anmeldefrist für den GGR-Ausflug am 15. September noch laufe und der nächste GGR in der Aula des Gymnasiums stattfinde.

Schluss der Sitzung: 22:10 Uhr

Die Präsidentin

Die Sekretärin

Die Stimmzählenden